

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 5/4/2007 9:18:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 10.05.2007, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften vom 15.03.2007 und 23.04.2007
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **07-F-25-0050**
Umweltbewußtsein der Wiesbadener Schülerinnen und Schüler
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 02.05.2007 -

Vorbemerkung:

Ziel der Koalitionspartner ist es, das Umweltbewusstsein der Wiesbadener Schülerinnen und Schüler vornehmlich unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsgedankens besonders zu fördern. Es ist unerlässlich, den verantwortungsbewussten Umgang mit Energieressourcen in unserer Stadtgesellschaft dauerhaft zu verankern. Die Schulen können hierfür entscheidende Grundlagen

Seite 2 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

vermitteln und eine Vorbildfunktion einnehmen. Schülerinnen und Schüler können für die Problematik sensibilisiert werden und als Multiplikatoren im Familien- und Freundeskreis wirken.

Unser Anliegen ist es, den Schulen dabei unterstützend zur Seite zu stehen.

Das Engagement der Wiesbadener Schulen auf diesem Feld ist weit reichend und vielseitig. Die Schulze-Delitzsch-Schule und die Gustav-Stresemann-Schule wurden vom Land Hessen bereits zum wiederholten Male als „Umweltschule – Lernen und Handeln für unsere Zukunft“ ausgezeichnet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche besonderen Projekte es außerhalb des Unterrichts zur Umweltbildung an den Wiesbadener Schulen (Grund- und weiterführenden Schulen) gibt,
2. in Zusammenarbeit mit den Schulen, dem Hessischen Kultusministerium, dem Arbeitskreis „Die ökologische Schule in Hessen“, der Klimaschutz-Agentur Wiesbaden, dem einzurichtenden Energiereferat (Beschluss STVV 15.12.2006), ESWE-Versorgung, dem Umweltladen sowie weiteren interessierten Einrichtungen die Schulen durch Bereitstellung von Informations- und Arbeitsmaterialien oder Vermittlung von Kontaktstellen bei der Umwelterziehung (hier bes. Energie- und Wassereinsparung) im Rahmen der Unterrichtsgestaltung zu unterstützen.
Falls notwendig ist eine entsprechende Finanzierung aufzuzeigen.

5. 07-F-01-0056

Vorkaufsrecht für WiBus einfordern
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 02.05.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Nach § 4 Absatz 2 des Gesellschaftsvertrags der WiBus Wiesbadener Busgesellschaft mbH ist ein Gesellschafter, der seinen Geschäftsanteil zu veräußern beabsichtigt, verpflichtet, ihn zuvor den anderen Gesellschaftern in notarieller Form zum Erwerb anzubieten. Diese können das Angebot innerhalb von drei Monaten annehmen.

Nach Auskunft der Pressestelle der Hamburger Hochbahn AG soll die Beteiligungsgesellschaft, der sie auch ihre WiBus-Anteile übertragen will, Mitte bis Ende Mai gegründet sein, ohne der WVV Holding GmbH das Vorkaufsrecht einzuräumen.

Der Magistrat wird aufgefordert – ggf. mit Unterstützung eines Rechtsgutachtens – die WVV Holding GmbH unverzüglich anzuhalten, von der Hamburger Hochbahn AG die Einhaltung des Gesellschaftervertrags einzufordern und in der vertraglich festgesetzten Frist der StvV einen Beschlussvorschlag zur Ausübung des Vorkaufsrechts vorzulegen.

6. 07-F-25-0051

Klimaschutz erreicht man nur durch Taten!

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 02.05.2007 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist seit 1995 Mitglied des Klima-Bündnis. Dadurch hat sie sich verpflichtet, durch geeignete Informationen, Angebote und Entscheidungen erhebliche Reduktionen im CO₂ Ausstoß zu vollziehen.

Der Klimaschutzbericht 2005 zeigt, dass die bisher erzielten Senkungen bescheiden sind. Seit 2001 ist die CO₂-Emission im Mittel um 1,3 % jährlich zurückgegangen. Um aber den Verpflichtungen aus dem Klima-Bündnis nachzukommen, hätte die CO₂-Emission um mehr als 2 % gesenkt werden müssen.

Die STVV möge beschließen.

1. Die LHW setzt sich dafür ein, dass durch Energiesparen, Energieeffizienz und über den Einsatz erneuerbaren Energien ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.

2. Die Stadt verpflichtet sich, bis zum Jahr 2020 den Gesamtenergieverbrauch um 20 % bezogen auf das Jahr 1990 zu reduzieren. Überdies ist es unser Ziel, den Anteil an Erneuerbaren Energien an der verbrauchten Energie (Primärenergie) auf 20% zu erhöhen. Bausteine dazu sind:

- a) Energieeffizienz und Einsparungen bei Gebäudeneubau und -sanierung
- b) Energiemanagement für alle kommunalen und von der Kommune genutzten Gebäude
- c) Umstellen des kommunalen Energiebezugs auf erneuerbare Energien
- d) umweltfreundliche Mobilität
- e) Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen nach Klimaschutz Gesichtspunkten
- f) Einbindung von Bürgerinnen und Bürger in die Klimaschutzmaßnahmen, -projekte und -kampagnen

3. Zur Umsetzung der verbindlichen Ziele wird die Gründung einer Gesellschaft vorgeschlagen, die den Geschäftszweck hat, die verschiedensten Möglichkeiten erneuerbare Energien anzustoßen, zu unterstützen und zu finanzieren.

Sie soll selbst Projekte entwickeln, aber auch über Fondstrukturen Beteiligungen Privater ermöglichen.

Eine Beteiligung der ESWE Versorgungs AG wird ausdrücklich begrüßt und gewünscht. Sie wird um eine entsprechende Beschlussfassung im Aufsichtsrat gebeten.

4. Der Magistrat wird gebeten die Mitgliedschaft LHW im Klima-Bündnis aktiv wahrzunehmen.

7. 07-F-25-0053

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

Grundlagen für erstklassigen Volleyball in Wiesbaden erhalten

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.04.2007 -

Der Volleyball Club Wiesbaden (VCW) verzeichnet mit seiner Frauenmannschaft beachtliche und konstante Erfolge in der 1. Bundesliga des deutschen Volleyballs. Die Männermannschaft des TuS Eintracht Wiesbaden 1846 hat in der jetzt abgeschlossenen Saison ebenfalls den Aufstieg in die 1. Bundesvolleyballliga geschafft. Die Stadtverordnetenversammlung gratuliert zu diesen sportlichen Erfolgen und folgert daraus wie folgt.

Um die Grundlagen für dieses hohe sportliche Niveau weiter zu gewährleisten, möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung sichert den beiden Vereinen zu, zur Erhaltung ihrer Spiellizenzen eine bundesligataugliche Halle auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Verfügung zu stellen.
2. Sollte ein Neubau nötig werden, wird der Magistrat gebeten, geeignete Standorte im Stadtgebiet zu prüfen. Dabei möge der Magistrat in seine Überlegungen ebenfalls die Bedürfnisse aus dem Bereich des Schulsports mit einbeziehen. So ließen sich beispielsweise mit einer Halle am Platz der Deutschen Einheit die Bedürfnisse des Schulsports an der Elli-Heuss-Schule verbinden.
3. Des Weiteren wird der Magistrat gebeten, zeitnah ein Nutzungskonzept für eine Multifunktionshalle vorzulegen, das folgende Punkte berücksichtigt:
 - Welche Nutzungsmöglichkeiten für die Landeshauptstadt Wiesbaden in ihren Bedürfnissen zweckdienlich sind.
 - Welche Möglichkeiten der Finanzierung und verschiedene Betreibermodelle vorstellbar und realisierbar erscheinen.
 - In dem Konzept sollen mögliche Standorte sowie eine Kostenschätzung einer Realisierung aufgeführt sein.
 - Der Magistrat wird gebeten den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung, den Ausschuss für Planung und Verkehr sowie den Sportausschuss von den Ergebnissen der Prüfungen zu unterrichten.

8. **07-F-04-0002**

Wiesbadener Informationsinitiative

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE REPUBLIKANER vom 03.05.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen,

1. welche Möglichkeiten seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden bestehen, kostenlose zusätzliche Internetwahlpunkte zur Verfügung zu stellen und diese mit besonderen

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

Informationsangeboten zu verbinden,

2. welche Möglichkeiten bestehen, Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung durch Netzkameras in Echtzeit zu übertragen ?

9. 07-F-06-0024

Verkehrsberuhigung in Alt-Kostheim
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 02.05.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten eine Konzeption zur Verkehrsberuhigung von Alt-Kostheim zu erarbeiten, deren Verwirklichung die umstrittene "Kostheimer Nase" überflüssig macht.

Die Konzeption zur Verkehrsberuhigung von Alt-Kostheim ist den städtischen Körperschaften zu Beratung bzw. Beschlussfassung vorzulegen.

Die Beseitigung der "Kostheimer Nase" ist (erst) nach Sicherstellung der Wirksamkeit der zu schaffenden Verkehrsberuhigungsmaßnahmen vorzusehen.

10. 07-F-07-0024

Integrationsvertrag
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vm 24.04.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf einer Integrationsvereinbarung vorzulegen, über den mit muslimischen Vereinen verhandelt wird;
- 2) darzulegen, welche Kenntnisse er über die Tätigkeit dieser Vereine und ihren inneren Aufbau hat und wie er die Verlässlichkeit dieser Vertragspartner einschätzt;
- 3) inwiefern der Vertrag, der durch den früheren Bundesrichter Dr. Jentsch vorgetragenen Auffassung gerecht wird, daß das Grundgesetz nicht zur Verfügung einer Gemeindeverwaltung stehe und also die Werteordnung des Grundgesetzes nicht durch einen Vertrag eingefordert werden könne.

11. 07-F-25-0052

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

1. Einsetzung eines Wahlvorbereitungsausschusses für die Wahl von zwei weiteren hauptamtlichen Beigeordneten
 - 2.1 Antrag auf Vornahme der Wiederwahl der hauptamtlichen Beigeordneten Detlev Bendel und Dr. Joachim Pös
 - 2.2 Durchführung der Wiederwahl der hauptamtlichen Beigeordneten Detlev Bendel und Dr. Joachim Pös
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 30.04.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Ältestenausschuss wird als Wahlvorbereitungsausschuss gebeten, die Wahlen von zwei weiteren hauptamtlichen Beigeordneten gemäß § 42 HGO vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 28. Juni 2007 zu berichten, sodass am 28. Juni 2007 die Wahlen vorgenommen werden können.
- 2.1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt in ihrer heutigen Sitzung gemäß § 40 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) eine Wiederwahl der hauptamtlichen Beigeordneten Detlev Bendel und Dr. Joachim Pös vor.
- 2.2. Im Falle der Annahme des Antrages zu Ziffer 1 wird die Wiederwahl von Herrn Stadtrat Detlev Bendel gemäß § 40 i.V.m. § 55 HGO für eine weitere Amtszeit von sechs Jahren durchgeführt.

Im Falle der Annahme des Antrages zu Ziffer 1 wird die Wiederwahl von Herrn Stadtrat Dr. Joachim Pös gemäß § 40 i.V.m. § 55 HGO für eine weitere Amtszeit von sechs Jahren durchgeführt.

12. 07-F-24-0005

Begleitung Verwaltungsverfahren "Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue"
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 02.05.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. im Rahmen des Genehmigungsverfahrens möglichst umfassend Einwendungen und Stellungnahmen vorzubringen, um die Interessen der Stadt Wiesbaden und ihrer Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen;
alle Stellungnahmen der LHW im Rahmen des Genehmigungsverfahrens frühzeitig den parlamentarischen Gremien, unter Federführung des Umweltausschusses, zuzuleiten und über juristische Schritte zu informieren;
2. eine fachlich ausgewiesene Anwaltskanzlei zur Begleitung und Vertretung der Stadt im Genehmigungsverfahren und für ein mögliches Klageverfahren auszuwählen;
3. alle für die Stadt Wiesbaden rechtlich relevanten Maßnahmen innerhalb des Genehmigungsverfahrens gegen das Bauvorhaben der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) zu prüfen und gegebenenfalls einzuleiten;
4. die vorgesehenen Veranstaltungen zum Energiesparen, die zu einem Energieplan für Wiesbaden führen sollen, spätestens nach der Sommerpause durchzuführen.

Begründung:

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

Der Beschlusses Nr. 0058 der Stadtverordnetenversammlung zum Bauvorhaben der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW) vom 08.02.2007 zur Vorlage Nr. 07-F-24-0002, der eine umfassende ökologische und wirtschaftliche Überprüfung des Vorhabens der Kraftwerke Mainz Wiesbaden (KMW) vorsieht, ist durch das Vorgehen der KMW, das Bauvorhaben weiter zu betreiben im Sinne dieses Antrags zu ergänzen. Damit nutzt die Stadt alle juristischen Möglichkeiten im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.

13. 07-F-07-0023

Alltags-Engel

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.04.2007 -

Die Landeshauptstadt hat zusammen mit der Firma Randstadt das Projekt Alltags-Engel ins Leben gerufen. Einerseits sollen dadurch ältere Menschen gegen Stundenlohn unkonventionelle Hilfe bei Alltagsarbeiten gewährt, andererseits Arbeitslosen eine Chance zu arbeiten verschafft werden. Dieses Hilfsangebot ist offenbar sehr willkommen, allerdings gibt es eine Wartezeit von sechs Wochen, da laut Randstadt zu wenige Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Diese Wartezeit schränkt die Effizienz der Organisation ein.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie die bisherigen Erfahrungen mit dem Projekt Alltags-Engel waren;
2. woran genau es liegt, daß zu wenige Hilfskräfte zur Verfügung stehen;
3. wie er gedenkt, zukünftig diesem Mangel abzuhelpfen.

14. 07-F-01-0054

Umsetzung Sozialbericht Bildungsbeteiligung

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 26.04.2007 -

Vorbemerkung: Die Qualität des Bildungssystems steht spätestens seit der PISA-Studie im Fokus der politischen Debatte. Vor allem in den städtischen Ballungsräumen mit einer hohen Anzahl Jugendlicher aus so genannten 'bildungsfernen Schichten' sind die Probleme nicht zu übersehen. Aufgabe der Sozial-, Bildungs- und Integrationspolitik muss deshalb sein, ein Grund-Bildungsniveau für alle Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, das allen Jugendlichen zumindest die Aufnahme einer Berufsausbildung ermöglicht.

Der 'Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden' liefert zu dieser Problematik eine umfangreiche Analyse von Bildungs- und Integrationsdefiziten in der LH Wiesbaden und bildet so die Grundlage zur Ergreifung entsprechender Maßnahmen. So können die Leistungspotenziale aller Jugendlichen besser ausgeschöpft und die individuellen Berufs- und damit Lebenschancen verbessert werden. Mit der Umsetzung der Maßnahmen sollte, um eine nachhaltige Wirkung zu

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

gewährleisten, möglichst zeitnah begonnen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

- einen detaillierten Bericht über bereits eingeleitete Maßnahmen gemäß des 'Sozialberichtes zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden' vorzulegen;

- über den derzeitigen Stand der Detailuntersuchungen von Prof. Hradil zu berichten;

- konkrete Maßnahmen zum Abbau der Bildungsbenachteiligung in die Wege zu leiten, insbesondere

- den Ausbau der Tagesbetreuung an Grundschulen
- den Ausbau der Ganztagsangebote in der Sekundarstufe 1
- ergänzende Maßnahmen gegen die überdurchschnittlich große Zahl an Rückstufungen von Real- zu Hauptschulen bei Kindern mit Migrationshintergrund zu ergreifen;
- die Berufsorientierung und den Übergang von der Realschule in die Berufsausbildung zu begleiten und fördern;
- sicherzustellen, dass an der IGS-Kastellstraße, der Theodor-Flieder-Schule und der Erich-Kästner-Schule die Schulsozialarbeit zum Schuljahr 2007 / 08 eingeführt werden kann und diese Schulen in das Projekt 'Perspektiven für Hauptschüler' aufgenommen werden.

Der Magistrat hat dafür Sorge zu tragen, dass für die Verwirklichung der oben genannten Ziele die notwendigen Haushaltsmittel in den Doppelhaushalt 2008 / 2009 eingestellt werden.

15. 07-F-01-0053

Platz der Deutschen Einheit

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.04.2007 -

Angesichts der immer weiter fortschreitenden Planungen für Teilbereiche des Platzes der Deutschen Einheit stellt sich erneut die Frage nach einer Gesamtplanung für diesen Platz in zentraler Innenstadtlage.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den Sachstand des Gutachterverfahrens zu berichten, das laut Magistrat derzeit durchgeführt wird. In diesem Bericht möge der Magistrat über die zeitliche Planung Auskunft geben, also wann welche Schritte im Rahmen einer Gesamtplanung für den Bereich Platz der Deutschen Einheit / Schwalbacher Straße vorgesehen sind.

16. 07-F-01-0055

Volleyball-Halle für Wiesbaden

Seite 9 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.04.2007 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, bis zur Saison 2009/2010 in Wiesbaden eine für die Volleyball-Bundesliga taugliche Halle zu realisieren.

17. 07-A-02-0010

Gültigkeit der Wahl des Oberbürgermeisters vom 11.03.2007

ANLAGE

18. 07-V-61-0014

DL 11/07-6

Flächennutzungsplanänderung "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel; - Änderungsbeschluss -

19. 07-V-61-0015

DL 11/07-7

Bebauungsplan "Nördlich der Ernst-Galonske-Straße" im Ortsbezirk Mainz-Kastel; - Änderungsbeschluss -

20. 07-V-61-0018

DL 11/07-8

Bebauungsplan "Boelckestraße Bereich nördlich des Otto-Suhr-Rings" im Ortsbezirk Mainz-Kastel; - Änderungsbeschluss -

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die antragstellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **06-V-10-0007** **DL 09/07-1**
2. Nachtrag zum Nachbarschaftsvertrag zwischen den Landeshauptstädten Wiesbaden und Mainz; Bildung des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden
ANLAGE
2. **06-V-40-0039** **DL 09/07-2, 51/06-2, 50**
Sanierung und Umbau des Gebäudes Dotzheimer Straße 3 als Ganztagshaus für den Ganztagsverbund Elly-Heuss-Schule / Oranienschule; Genehmigung der Gesamtkosten
3. **06-V-51-0074** **DL 09/07-3**
Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II
4. **06-V-67-0045** **DL 09/07-4, 07/07-3, 06/**
Beschaffung eines digitalen Baumkatasters für das Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten
5. **06-V-69-0017** **DL 09/07-5**
Projekt Soziale Stadteilerneuerung Inneres Westend; Ausbau des Dachgeschosses im Georg-Buch-Haus, Wellritzstraße 38
6. **07-A-02-0005**
Änderung im Aufsichtsrat
ANLAGE
7. **07-V-01-0004** **DL 09/07-6**
Jahresbericht des Seniorenbeirates 2006
8. **07-V-04-0004** **DL 14/07-1**

Seite 11 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

Änderungen im Fahrplanangebot des Regionalbusverkehrs ab 08.07.2007

- 9. 07-V-08-0007 DL 17/07-1, 15/07-1**
Jahresrechnung 2006; Genehmigung überplanmäßiger Ausgaben für den SN A Dezernat VIII

- 10. 07-V-10-0008 DL 12/07-2**
Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften - Änderungen in den Besetzungen -

ANLAGE

- 11. 07-V-20-0014 DL 09/07-7**
Haushaltsanierungsprozess 2003 - 2007; Bilanz 2003 - 2006

- 12. 07-V-20-0025 DL 14/07-2**
Verlagerung des Datenknotens Friedrichstraße 27 in das Rathaus - Verlagerung des Verkehrsrechners in das Dienstgebäude Gustav-Stresemann-Ring 15

- 13. 07-V-51-0010 DL 10/07-3**
"Les Canetons" e.V.; Bezuschussung von 10 neuen Krippen- und 20 Elementarplätzen

- 14. 07-V-51-0013 DL 14/07-5, 12/07-6**
Ausbauprogramm 421 neue Krippenplätze

- 15. 07-V-66-0200 DL 07/07-15**
Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr - Wiesbaden-Schierstein

- 16. 07-V-66-0208 DL 12/07-9**
Rheintalstraße/Wilhelm-Leuschner-Straße, Wiesbaden-Dotzheim; Tempo-30-Zone

- 17. 07-V-66-0210 DL 14/07-7, 12/07-10**

Seite 12 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

Radweg Kastel-Biebrich, Neubau im Bereich An der Helling in Kastel

- 18. 07-V-66-0213 DL 09/07-11**
Ersatzbeschaffung von Lichtsignalanlagen im Jahr 2008
- 19. 07-V-66-0215 DL 10/07-7**
Zusatzeinrichtungen für Sehbehinderte an Lichtsignalanlagen
- 20. 07-V-66-0305 DL 09/07-13**
Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden AKK 2007 / 2008
- 21. 07-V-66-0306 DL 09/07-14**
Mittelfreigabe für das Gehweginstandsetzungsprogramm in AKK 2007
- 22. 07-V-67-0001 DL 14/07-8**
Instandsetzung und Neuausstattung von Kinderspielplätzen in Wiesbaden und AKK 2006/07
- 23. 07-V-67-0011 DL 14/07-9**
Neugestaltung Kinderspielplatz Büdingenstraße, Wiesbaden-Mitte
- 24. 07-V-82-0002 DL 11/07-10**
Kurbetriebskommission; Änderung der Bestellung der Personalvertreter gemäß § 6 (2), 3
Eigenbetriebsgesetz

Tagesordnung III

1. **06-V-20-0041** **DL 10/07-1**
HSK Rhein - Main GmbH und HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH, Aufwandsentschädigungen für Aufsichtsratsmitglieder

2. **06-V-66-0201** **DL 13/07-1**
Umsetzung des Rundkurses für Inliner

3. **07-F-01-0025**
Nichtraucherschutz
- Beschluss des Gesundheitsausschusses Nr. 0016 vom 24.04.2007 -
ANLAGE

4. **07-F-25-0036**
Schutz vor Passivrauchen
- Beschluss des Gesundheitsausschusses Nr. 0017 vom 24.04.2007 -
ANLAGE

5. **07-F-07-0015**
Gesamtkonzept für die Gestaltung des Platzes der Deutschen Einheit
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0076 vom 02.05.2007 -
ANLAGE

6. **07-F-07-0016**
PPP-Projekte mit Bürgerbeteiligung
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0077 vom 02.05.2007 -
ANLAGE

7. **07-V-07-0001** **DL 11/07-1**

Seite 14 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

Genehmigung von überplanmäßigen Personalausgaben

- 8. 07-V-20-0015 DL 09/07-8**
Quartalsbericht 04/2006 Projekt interR, Jahresarbeitsprogramm 2007 Projekt interR
- 9. 07-V-20-0018 DL 10/07-2**
Verwaltungskostenbeiträge AKK für die Haushaltsjahre 2006 / 2007
- 10. 07-V-20-0020 DL 17/07-2, 13/07-2**
Eckdaten für die Haushaltsplanaufstellung 2008 - 2009
- 11. 07-V-30-0001 DL 11/07-2**
Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Bierstadt
- 12. 07-V-30-0003 DL 11/07-3**
Vorschlag für die Wahl von Personen als Ortsgerichtsvorsteher und Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden IV
- 13. 07-V-30-0005 DL 12/07-3**
Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für das Ortsgericht Wiesbaden VII
- 14. 07-V-36-0017 DL 17/07-3, 16/07-1**
Planfeststellungsverfahren für den geplanten Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main;
Änderung des ausgelegten Plans
- 15. 07-V-40-0006 DL 14/07-3, 12/07-4**
Elly-Heuss-Schule - Abriss Grauer Bau / Ersatzbau - Grundsatzvorlage -
- 16. 07-V-40-0007 DL 17/07-4, 15/07-2**

Seite 15 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 10.05.2007

Jahresrechnung 2006; Genehmigung überplanmäßiger Mittel zur Deckung von Ausgabenüberschreitungen in den Deckungskreisen 43 103 und 43 104

17. **07-V-40-0016** **DL 14/07-4, 12/07-5**
Schulkommission - Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner
ANLAGE
18. **07-V-41-0005** **DL 17/07-5, 16/07-2**
Platzgestaltung Nerotal, 1. Bauabschnitt/Sanierung Kriegerdenkmal
19. **07-V-51-0004** **DL 09/07-10**
Allgemeine Sozialverwaltung; Mehrkosten für Porto und Druckaufträge
ANLAGE
20. **07-V-52-0008** **DL 12/07-7**
Integrationsarbeit in Sportvereinen
21. **07-V-52-0010** **DL 14/07-6, 12/07-8**
Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2007; Erweiterung der Tribüne für das Sportgelände Europaviertel
22. **07-V-61-0013** **DL 11/07-5**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Verlängerte Wandersmannstraße" im Ortsbezirk Erbenheim; Einleitungsbeschluss und Beschluss zur öffentlichen Auslegung
23. **07-V-61-0017** **DL 10/07-4**
Projekt "Stadtumbau Kostheim / Kastel ", Entwicklungs- und Handlungskonzept
24. **07-V-61-0019** **DL 11/07-9**
Entwicklungskonzept Freizeit- und Kulturpark in Wiesbaden-Südost

ANLAGE

25. **07-V-66-0204** **DL 10/07-5**
Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr - Wiesbaden-Dotzheim
26. **07-V-66-0214** **DL 10/07-6**
Ausbau Kirschblütenstraße, Wiesbaden-Frauenstein (K646)
27. **07-V-66-0302** **DL 09/07-12**
Mittelfreigabe für das Frostschadenprogramm in Wiesbaden 2007 - 2008
28. **07-V-82-0003** **DL 12/07-12**
Kurhaus Wiesbaden; Durchführung von umfangreichen Renovierungsarbeiten

Tagesordnung IV

1. **06-V-80-2346** **DL 11/07-1 NÖ**
Verkauf des Baugrundstücks Dotzheimer Straße 17a (ehem. Scala)
2. **07-M-01-9014** **DL 17/07-1 NÖ**
Verleihung der Ehrenbezeichnung "Stadtältester" an Herrn Oberbürgermeister Diehl

ANLAGE

3. **07-V-03-0002** **DL 12/07-1 NÖ**
Ausrichtung der Veranstaltung "IRONMAN Germany 70.3" in Wiesbaden
4. **07-V-05-0001** **DL 12/07-2 NÖ**
Spielbank Wiesbaden; Veränderungen innerhalb der GmbH

5. **07-V-20-0022**

DL 11/07-2 NÖ

Kredit Nr. 1693 u.a. - Abschluss von zwei Darlehensverträgen über die Gewährung von Krediten aus Mitteln des Hess. Investitionsfonds B und C in Höhe von insgesamt 2.000.000,00 €U

6. **07-V-21-0001**

DL 09/07-9 NÖ

Spenden - Bericht über die im Jahr 2006 eingegangenen Zuwendungen

7. **07-V-36-0015**

DL 12/07-3 NÖ

Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 22.02.2007

8. **07-V-80-2306**

DL 14/07-1 NÖ

Verkauf eines Gewerbegrundstückes, Gemarkung Kostheim, Flur 4, Flurstück 437/1 und 437/2, Anton-Hehn-Straße

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Hinweise:

1. Um ca. 19 Uhr wird Frau Elke Wansner im Festsaal die Bürgermedaille in Gold verliehen.
2. Die Punkte 17 bis 20 der Tagesordnung I sind im Rahmen der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abschließend zu behandeln.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin